

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

3/2013

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Liebe Leser des Wahlkreisbriefes,

am 22. September geht es um die Zukunft unseres Landes. Es geht darum, ob Deutschland ein starkes und erfolgreiches Land bleibt. Ein Land mit einem stabilen Euro, in dem die Menschen sichere Arbeitsplätze haben und für sich und ihre Familien sorgen können. Ein Land, in dem jeder Mensch die Chance hat, aus seinem Leben etwas zu machen und zugleich bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege oder im Alter gut abgesichert ist. Ein Land des Zusammenhalts, in dem die Menschen gern und sicher leben. All das kann nur gelingen, wenn Deutschland weiter gut regiert wird. Es geht damit am 22. September auch um Ihre persönliche Zukunft!

Das Regierungsprogramm der CDU steht dafür, dass wir in Deutschland weiter gemeinsam erfolgreich bleiben. Gemeinsam haben wir viel für unser Land erreicht.

Deutschland geht es gut! Unser Land steht trotz europäischer Schuldenkrise glänzend da.

Das ist Ergebnis der klugen und umsichtigen Politik der Bundesregierung und unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel für ein starkes Deutschland in einem starken Europa!

Deshalb werben wir erneut um Ihr Vertrauen und rufen alle auf: Geben Sie bei der Bundestagswahl am 22. September beide Stimmen der CDU.



Neues aus dem Wahlkreis

Europa in Großbeeren - Innovationen müssen sich lohnen

Mit einer kleinen Delegation hat der CDU-Europaabgeordnete Christian Ehler das Großbeerer Unternehmen Progeo besucht. Neben ihm waren der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) und der örtliche CDU-Chef Dirk Steinhausen im Gespräch mit dem Geschäftsführer Andreas Rödel und tauschten sich über die europäische Förderpolitik aus. Die Progeo zeigte sich dabei als innovatives Unternehmen, was als Mittelständler weltweit aktiv ist. Das Unternehmen wurde 1992 gegründet und hat bereits 2 Jahre später den Innovationspreis gewonnen. Progeo entwickelt Dichtungskontrollsystemen und Leckmeldeanlagen zur Überwachung von Bauwerksabdichtungen, die kleinste Schäden melden und ihre genaue Position angeben. So wird das Risiko zu spät erkannter Abdichtungsschäden und daraus entstandener Folgeschäden deutlich reduziert. Ziel ist die nachhaltige Instandhaltung und Energieeffizienz von Bauwerken. Die vielfältigen Einsatzgebiete sind zum Beispiel Leckmeldung und -ortung für den Hochbau, z.B. für Flachdächer, Gründächer, Solardächer, Parkdecks, Tiefgaragen und Dachterrassen. In den Gesprächen ging es um die Frage: „Wie kann die regionale Wirtschaft stärker als bisher von den Förderprogrammen der Europäischen Union profitieren?“

Gerade für Innovationsunternehmen war es bisher schwierig, da es getrennte Fördertöpfe für Forschung & Entwicklung und für Infrastrukturmaßnahmen gab. Hier gab Christian Ehler nützliche Tipps. „In der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 wird es einfacher sein Beides zu fördern. In der Vergangenheit wurde meist darauf verzichtet, die neuen Ansätze und Ideen auch in das Infrastrukturprogramm als Pflichtbestandteil aufzunehmen. Da gibt es ein Programm zur Entwicklung von Niedrigenergiehäusern (Forschung), aber in dem Infrastrukturprogramm für Wohnungsbau ist es egal, ob energetisch gebaut wird oder nicht. Das ändern wir. Wichtig hierbei ist, dass die Bundesländer, die die Rahmenbedingungen festlegen, hier auch die richtigen Grundvoraussetzungen einfordern.“ „Hier ist die Landesregierung gefragt,“ ergänzt Danny Eichelbaum.



Eichelbaum weiter: „Die rot-rote Landesregierung ist aufgefordert, endlich mit den Landkreisen, den Kommunen und den Abgeordneten in einen Dialog zu treten, um bis zum Ende des Jahres verbindlich festzulegen, unter welchen Bedingungen in der kommenden EU Förderperiode Fördermittel der EU für die Unternehmen und Projektträger ausgereicht werden. Hier geht es schließlich um 2 Mrd. Euro Fördermittel. Die Ausgestaltung der Fördermittelbedingungen darf man nicht Ministerialbeamten überlassen.“ Dirk Steinhausen, der auch stellvertretender Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung ist, ergänzt: „Wir wollen, dass die Unternehmen unserer Region sich positiv entwickeln und sich Innovationen auch lohnen sollen. Denn, was nutzt die beste Idee, wenn sie keinen Markt findet?“

Quelle: Pressemitteilung, 28.08.2013



20 Jahre Nuthe-Urstromtal mit Bürgermeisterin Monika Nestler und dem Kreistagskollegen Hans-Jürgen Akuloff am 31.08.2013

20 Jahre Sportverein Rot-Weiß Thyrow mit Bob-Olympiasieger Kevin Kuske und dem Weltmeister im Bankdrücken Ulrich Vetter am 31.08.2013



Beim Kaffeeklatsch in Mietgendorf am 14.08.2013

Gespräch mit dem Koordinator des Lokalen Aktionsplanes Teltow-Fläming in Ludwigsfelde am 14.08.2013



Gegen das Vergessen - Kein Schlusstrich unter Mauerbau

Bereits zum 5-ten Mal hatte die CDU Großbeeren, anlässlich des Jahrestages zum Bau der Mauer, die Deutschland 28 Jahre auseinandergerissen hat, und zur Gedenkveranstaltung "Gegen das Vergessen" geladen. "Obwohl diesmal nicht viele kamen, so freuen wir uns, dass neben der Landespolitik, auch die Bundespolitik teilgenommen hat," bewertet der Vorsitzende der CDU Großbeeren, Dirk Steinhausen, die Veranstaltung positiv. Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) war ebenso gekommen wie die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche (CDU). Aber auch die Gemeindepolitik war vertreten: So war neben den Gemeindevertretern Teja Grzeskowiak (FDP), Constanze Krause (parteilos), Marc Spogat (CDU) und Claudia Blume-Rottenbiller (CDU) auch der Ortsvorsteher aus Heinersdorf, Ralf Justawitz und der stellvert. Ortsvorsteher aus Diedersdorf, Manfred Seelig anwesend. Bevor die parlamentarische Staatssekretärin, Katherina Reiche, einige Worte des Gedenkens sprach, machte Dirk Steinhausen in seiner Rede klar: "Vor 52 Jahren, am 13. August 1961, wurde die Berliner Mauer gebaut, die die schmerzliche jahrzehntelange Teilung Deutschlands dramatisch zementierte. Und wir wollen diesen Tag mit unserer Veranstaltung „Gegen das Vergessen“ gedenken. Es darf kein Vergessen geben."

Mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 wurden die Bürger der DDR über Nacht und auf dramatische Weise von der Freiheit abgeschnitten. Nachdem von 1955 bis 1961 über 1,4 Millionen Menschen aus der DDR in den Westen geflohen waren, sah die DDR-Führung keinen anderen Ausweg mehr, als ihre Bürger mithilfe sowjetischer Truppen einzusperren.

Mit dem Mauerbau offenbarte die DDR-Führung ihr wahres Ziel: die Durchsetzung ihrer Ideologie mit allen Mitteln und um jeden Preis. Die CDU Großbeeren hat mit verschiedenen Aktionen bereits in den letzten Jahren sich gegen die Diktaturen in Deutschland gewandt.

"Jeder Extremismus, egal ob von rechts oder links, hat in der Vergangenheit unsägliches Leid über uns gebracht. Es ist Aufgabe der Politik das Erinnern, das Mahnen und das Gedenken im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Geschichte darf sich nicht wiederholen. Wir wollen auch weiterhin Institutionen und Organisationen bei der notwendigen unerlässlichen Erinnerungsarbeit unterstützen. So begehen wir heute bereits zum 5.ten mal diese Veranstaltung hier an den Mauerteilen in Heinersdorf, und so haben wir als CDU versucht in den letzten Jahren über Ausstellungen der Bundesstiftung Aufarbeitung das Thema im öffentlichen Bewusstsein zu verankern," so Steinhausen zur Zielsetzung.

Steinhausen zum Schluss: "Wir wollen uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass es keinen Schlusstrich unter die Aufarbeitung der SED-Diktatur geben darf, die vielen Menschen unermessliches Leid gebracht hat. Es darf kein Vergessen geben."

Quelle: Pressemitteilung, 13.08.2013

CDU-Landtagsnominierung im Wahlkreis
23 in Thyrow am 08.08.2013



Danny Eichelbaum spendet 100 Euro für dreijährigen Damian aus Thyrow

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hat sich nach dem heutigen MAZ -Bericht über den im Wachkoma befindlichen dreijährigen Damian entschlossen, der Familie eine Spende in Höhe von 100 Euro zu überweisen." Das persönliche Schicksal des kleinen Damian hat mich sehr betroffen gemacht. Jetzt muss alles getan werden, um der Familie unter die Arme zu greifen und Damian so gut es geht, bei seiner Genesung zu unterstützen. Es ist mir eine persönliche Herzensangelegenheit, der Familie nach diesem schweren Schicksalsschlag zu helfen.

Meine Spende ist zwar nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber vielleicht fühlen sich dadurch auch andere animiert, Damian eine Spende zukommen zu lassen. Ich hoffe, dass sich die Familie dann ganz schnell, den dringend benötigten Spezial-Auto-Kindersitz, anschaffen kann."

Quelle: Pressemitteilung 02.08.2013

Schallschutz: Tausende drohen leer auszugehen - Flughafen hält den baulichen Aufwand in einer Vielzahl von Fällen für zu hoch / Kritik von CDU Landtagsabgeordneten

75 Prozent der 14 000 in der Tagschutzzone um den Flughafen Schönefeld liegenden Haushalte können vermutlich nicht mit dem erforderlichen Schutz vor Fluglärm ausgestattet werden. Das geht aus einem Schreiben hervor, das der Schallschutzbeauftragte der Flughafengesellschaft (FBB), Peter Lehmann, an seine Vorgesetzten richtete. Das Tagschutzgebiet, erläutert er darin, habe er in drei Bereiche aufgeteilt: einen, in dem der Maximalpegel unter 90 Dezibel liege, einen zweiten mit bis zu 95 Dezibel und einen dritten, in dem es noch lauter werde. Unproblematisch sei es nur im relativ wenig belasteten Sektor, zu dem die nördlichen Zipfel Eichwaldes und Schulzendorfs zählen.

Dessen 1300 Bewohner könnten mit vollem Schallschutz rechnen. Insgesamt aber dürfte bei drei Vierteln der Berechtigten der bauliche Aufwand die Höchstkostengrenze von 30 Prozent des Verkehrswertes übersteigen und sich so in einen Entschädigungsanspruch umwandeln. "Als diese Kappungsgrenze festgelegt wurde, war sie nicht für Tausende, sondern für den absoluten Ausnahmefall gedacht", betont Rainer Genilke, verkehrspolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion. Mit seinen Kollegen Danny Eichelbaum aus Teltow-Fläming und Björn Lakenmacher aus Dahme- Spreewald will er der Landesregierung dazu einige unangenehme Fragen stellen.

Eine Verpflichtung, Entschädigungszahlungen zweckgebunden für Fenster und Dämmungen einzusetzen, meint Genilke, hätte in den Planfeststellungsbeschluss gehört. Mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden hatte sich die FBB kürzlich geeinigt, auf die Verwendung der Mittel für lärmindernde Einbauten hinzuwirken. "Das kann kaum funktionieren und die Leute brauchen keine Maßregelung", kritisiert Lakenmacher. Durch die Festlegung, den Stichtag für die Verkehrswert- Ermittlung auf den Tag der Antragstellung für Lärmschutz zu legen, seien die Betroffenen "doppelt verschaukelt."

Denn zu dem Zeitpunkt habe ihr Grundstück in der Regel schon an Wert verloren. Hier müsse nachgebessert werden, denn - so Lakenmacher: "Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg." Fraktionskollege Genilke wünscht sich angesichts der Vielzahl von Menschen, die womöglich leer ausgehen könnten, wenigstens etwas Großzügigkeit: "Wenn die Kosten der Schutzmaßnahmen nur gering über diesen 30 Prozent liegen, sollten sie übernommen werden", sagt er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.07.2013

Schwarze geben Rotes - CDU und Junge Union Teltow-Fläming rufen zur Blutspende auf

Gerade in der Ferienzeit werden die Blutkonserven knapp und reichen nur für wenige Tage. Deshalb unterstützen die CDU und die Junge Union Teltow-Fläming den Aufruf des Deutschen Roten Kreuzes zum Blutspenden. Unter dem Motto "Schwarze geben Rotes" gehen der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum und die Kreisvorsitzende der Jungen Union, Jenny Günther mit gutem Vorbild voraus und werden am 10. Juli 2013, um 18.30 Uhr beim DRK Zentrum in Ludwigsfelde (Geschwister-Scholl-Straße 38) ihr Blut spenden. Für die Kreisvorsitzende der Jungen Union Teltow-Fläming, Jenny Günther haben Blutspenden eine hohe Bedeutung in unserer Gesellschaft:

"Mit seinem gemeinnützigen Engagement hat das Rote Kreuz in u.a. in Brandenburg einen nachhaltigen Beitrag zur Senkung der Gesundheitskosten geleistet. Nachweislich gehören die Blutpräparate des Roten Kreuzes zu den sichersten und preisgünstigsten Medikamenten in der Transfusionsmedizin. Dies ist zurückzuführen auf das uneigennütziges Engagement der Spenderinnen und Spender wie auch der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des DRK."

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum wies darauf hin, dass man beim Blutspenden mit vergleichsweise geringen Aufwand Leben retten kann. Blutspender helfen anderen und sorgen auch dafür, dass einem im Ernstfall selbst schnell geholfen werden kann. 15 000 Blutspenden würden in Deutschland täglich benötigt.

Quelle: Blickpunkt Teltow-Fläming, 05.07.2013



Was geschah damals in Ludwigsfelde? CDU Stadtverband lud zum Vortrag über den Volksaufstand ein und denkt an einen Forschungsauftrag

"Schade, dass nicht mehr Besucher gekommen sind", sagte am Donnerstagabend im Stadt- und Technikmuseum Ludwigsfelde Detlef Helgert, der Vorsitzende der CDU-Fraktion. Der Stadtverband seiner Partei hatte zu einem Vortrag über den 17. Juni 1953 eingeladen. "Unsere jungen Mitglieder wünschen sich Vorträge zur deutschen Geschichte und sie suchen auch die Referenten aus", so Detlef Helgert.

Tobias Wunschik von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BSTV) verdeutlichte in seinem Vortrag vor allem, dass der 17. Juni nicht nur für Streik und Demonstrationen steht, sondern auch für den Sturm auf die Gefängnisse. Vor den Toren der Haftanstalten hatten sich damals Menschen aus allen sozialen Schichten versammelt. Sie wollten Familienangehörige, Freunde und Kollegen befreien. Betroffen waren an die 70 Gefängnisse. Oft aber ließen sich die Aufständischen auch durch Warnschüsse nicht aufhalten.

Mehr als zehn Menschen verloren so ihr Leben, die meisten von ihnen in Halle und in Magdeburg. Der 79-jährige Dahlewitzer Hans-Jörg Koller war damals Soldat bei der kasernierten Volkspolizei und erinnerte sich, dass einige Offiziere ihre Schulterstücke abrisen und wegwarfen. "Für mich war im allgemeinen Chaos nicht zu erkennen, wer ist Freund, wer ist Feind." Und genauso sei es vermutlich den heranrückenden sowjetischen Streitkräften gegangen, sagte der Zeitzeuge. Alle standen unter hohem Adrenalin und viele fürchteten, der Krieg sei wieder ausgebrochen. Eine Zeit, über die viel zu wenig bekannt ist. "Ein Aufarbeiten dieses Stücks der DDR-Geschichte ist für Schulen schwierig", meinte der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. Die Ludwigsfelderin Irma Finkelmeier regte an, dass sich dieses Thema der Geschichtsverein der Stadt auf die Fahnen schreiben sollte; "aber es ist viel Verdrossenheit in der Stadt und mich packt darüber die schiere Verzweiflung."

Dass ein großer Prozentsatz der Schüler, nach Erich Honecker befragt, das Staatsoberhaupt der DDR für einen Kanzler der Bundesrepublik hielten, sei bezeichnend, hieß es. Patrick Nolte, der 31 Jahre alte Büroleiter von Danny Eichelbaum, bemerkte, dass die Vorgänge um den 17. Juni 1953 an seinem Thüringer Gymnasium nicht behandelt wurden. Was zu dieser Zeit in Ludwigsfelde vorging, dazu wusste von den Anwesenden niemand Genaueres zu sagen. Eichelbaum und Helgert regten an, zum Thema für Ludwigsfelde einen Forschungsantrag zu stellen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.06.2013

CDU-Vortragsveranstaltung: "Der Sturm auf die Gefängnisse am 17. Juni 1953" in Ludwigsfelde am 27.06.2013



Danny Eichelbaum kritisiert Flughafenchef - Schallschutz darf es nicht nach Gutsherrenart geben

Zur Ankündigung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft BER, Hartmut Mehdorn, gegen die Nichtzulassung der Revision in Bezug auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zum Schallschutz, Beschwerde einzulegen, erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"Hartmut Mehdorn bewegt sich in Sachen Schallschutz, wie ein Elefant im Porzellanladen. Schallschutz darf es für die Anwohner nicht nach Gutsherrenart geben.

In einem Rechtsstaat entscheiden Gerichte und nicht die Flughafengesellschaften, ob die vorgesehenen Schallschutzmaßnahmen ausreichend sind oder nicht.

Die für die Anwohner notwendigen Schallschutzmaßnahmen wurden in einem rechtskräftigen Planfeststellungsverfahren festgelegt und mehrfach gerichtlich bestätigt. Es ist an der Zeit, dass die Flughafengesellschaft nun endlich diese für die Anwohner des Flughafens dringend notwendigen Schallschutzmaßnahmen umsetzt. Die Anwohner benötigen in Sachen Schallschutz Rechtsfrieden und Rechtsklarheit und dürfen nicht durch immer weitere juristische Winkelzüge verunsichert werden. Die Gesellschafter des Flughafens sind in der Pflicht, dem unwürdigen und unverantwortlichen Handeln des Flughafenchefs ein Ende zu setzen. Die Verschleppung, Trickserei und Täuschung muss umgehend beendet werden.

Mit der Einlegung der Beschwerde wird es die Flughafengesellschaft und die Gesellschafter noch schwerer haben, eine Akzeptanz der Anwohner und der Bürgerinitiativen für den Bau des Flughafens zu erzielen."

Quelle: Pressemitteilung 27.06.2013



Werksbesuch bei MTU Maintenance Berlin-Brandenburg in Ludwigsfelde am 03.07.2013

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Finanziell unmöglich - Die Stadt müsste mehr als 100 Löschbrunnen bohren, um den Brandschutzstandard zu erfüllen

Alle paar hundert Meter müsste es in Jüterbog Löschwasserbrunnen geben. In Summe rund 140. "Dafür müssten wir gut 100 bohren, aber pro Jahr schaffen wir höchstens ein oder zwei", sagt Bürgermeister Arne Raue (parteilos). Ein Brunnen hat einen Einsatzradius von 300 Metern. "Wir sind weit vom Standard entfernt. Aber es ist fragwürdig, ob dieser überhaupt noch zeitgemäß ist." Jede Brunnenbohrung kostet zwischen 12 000 und 25 000 Euro.

Unterstützung erhält er bei diesem Thema vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Es sei nicht nur ein Jüterboger Problem, sagt er: "Die Kommunen sind zwar für den Brandschutz zuständig, aber finanziell dazu gar nicht in der Lage." Dabei gehe es - im Verwaltungsfachdeutsch - um eine "Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung". Sprich: Das Land hat den Städten und Gemeinden den Brandschutz übergeholfen, also muss es dafür auch die nötigen Mittel bereitstellen. Eichelbaum hat das Anliegen ins Parlament getragen. In einer Antwort auf seine Anfrage lehnt Innenminister Dietmar Woidke (SPD) jedoch weitere Unterstützung ab. "Für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben" stelle das Land den Kommunen dieses Jahr 167,4 Millionen Euro zur Verfügung. "Die für die Aufgabenwahrnehmung aus dem Brandschutzgesetz gewährten Zuweisungen betragen 12,7 Prozent der Gesamtzuweisungen. Das entspricht 21,2 Millionen Euro", heißt es in der schriftlichen Antwort. Auch eine Gesetzesänderung, um die Norm herabzusetzen, "hält die Landesregierung nicht für erforderlich", so der designierte Ministerpräsident.

Für Eichelbaum ist klar: "Die Landesregierung macht es sich zu einfach." Er wolle das Thema in die Enquete-Kommission zur künftigen Kommunalstruktur einbringen. Allerdings will der CDU-Mann nicht falsche Hoffnungen wecken: "Meistens geht es darum, welche Aufgaben vom Land an die Kommunen wandern, nicht umgekehrt."

Eine alternative Möglichkeit biete das Standarderprobungsgesetz. Der Landtag hat es vorrangig mit dem Ziel des Bürokratieabbaus erlassen. "Es ermöglicht Kommunen ein Abweichen von landesweiten Regelungen in Modellvorhaben, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden", sagt Eichelbaum. Die Stadt könnte in Sachen Löschwasserbrunnen einen entsprechenden Antrag stellen.

Es besteht keine akute Not. Der Brandschutz ist über Hydranten im Trinkwassernetz gewährleistet. Allerdings sieht Ordnungsamtsleiter Joachim Wasmansdorff ein Risiko: "Wenn zu einem Zeitpunkt plötzlich sehr viel Wasser zum Löschen entnommen wird, kann es sein, dass der Kontrollcomputer denkt, es läge ein Rohrbruch vor, und sperrt die Wasserzufuhr."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.08.2013

Der rot-schwarze Kandidat - Andreas Fredrich geht für SPD und CDU ins Rennen um die Landratswahl

Nach sechs Jahren als Bürgermeister der Kreisstadt von Oberspreewald-Lausitz und insgesamt 18 Jahren in der Stadtverwaltung wollte er diese berufliche Entscheidung sorgfältig abwägen.

Die Nachricht kam für Andreas Fredrich ganz unvermittelt. Vor drei Wochen klingelte das Diensttelefon des Senftenberger Bürgermeisters. „Ein Anrufer aus Luckenwalde“, teilte seine Sekretärin mit. Dann die Überraschung: Die SPD wollte ihn als Landratskandidat für Teltow-Fläming gewinnen. „Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mich in den ersten zwei Tagen danach mit mir selbst beschäftigt habe“, sagte der 50-Jährige gestern bei einer Pressekonferenz in der Luckenwalder Bibliothek am Bahnhof.

Nach sechs Jahren als Bürgermeister der Kreisstadt von Oberspreewald-Lausitz und insgesamt 18 Jahren in der Stadtverwaltung wollte er diese berufliche Entscheidung sorgfältig abwägen. Letztlich entschied er sich für die neue Herausforderung und stellt sich nun als Landratskandidat zur Verfügung. „So eine Gelegenheit bietet sich nicht öfter“, sagte der SPD-Politiker gestern.



Der 50-Jährige geht als gemeinsamer Kandidat von SPD und CDU ins Rennen um den Landratsposten. Beide Parteien sind davon überzeugt, mit dem Bürgermeister aus dem Süden Brandenburgs den Richtigen für den Chefsessel in Teltow-Fläming vorzuschlagen. „Wir haben einen Kandidaten, der nicht nur sagt, dass er es kann, sondern der bewiesen hat, dass er es kann“, sagte der SPD-Unterbezirksvorsitzender Frank Gerhard bei der gestrigen Veranstaltung. „Für die Probleme, die der Landkreis hat, ist er der optimale Kandidat“, fügte er hinzu. Auch Danny Eichelbaum, Kreisvorsitzender der CDU, setzt seine Hoffnung für die Wahl Anfang September auf den Senftenberger. „Wir haben den Kandidaten auf Herz und Nieren geprüft. Er ist der Verwaltungsfachmann, der den Landkreis nach vorne bringen kann.“

Dass Fredrich bei einem Wahlerfolg einige Baustellen im neuen Wirkungskreis begegnen werden, ist ihm bewusst. „Es gibt einiges aufzuarbeiten. Ich muss mich darüber noch mit den Parteien austauschen“, so Fredrich. Die große Herausforderung wird vor allem der Haushalt sein. „Da werden meine Geheimratsecken noch offensichtlicher werden als sie jetzt schon sind“, kommentierte er launig die Konsolidierungsfrage.

In seiner Vorstellung gab sich der 50-Jährige vor allem als Freund des Dialogs. Als Landrat wolle er frühzeitig das Gespräch mit dem Kreistag suchen und alle Fraktionsvorsitzenden noch vor den Sitzungen an Entscheidungen beteiligen. Ebenso plane er Gespräche mit Bürgermeistern, Amtsleitern und den Menschen vor Ort, um die Region gut kennen zu lernen. „Kontakte knüpfen ist das A und O. Dafür werde ich viel Zeit investieren.“ Zur Chefsache will Fredrich im Fall eines Wahlerfolgs auch das Thema Wirtschaftsförderung machen. Unternehmen bräuchten schnelle und verlässliche Zusagen seitens der Kreisverwaltung, dafür wolle er sorgen. Zudem müsse das Nord-Süd-Gefälle im Landkreis ausgeglichen werden. „Dafür brauchen wir einen konstruktiven Dialog mit den Kommunen.“ Die weiteren Prioritäten liegen für den SPD-Politiker in der

Verbesserung der Bürgerbeteiligung und beim Thema Bildung. „Bildung beginnt nicht in der Schule“, sagte er und forderte eine Schul- und Kita-Entwicklungsplanung des Kreises.

Dass die SPD mit ihrem Kandidaten nun mit der CDU anbandelt, stieß gestern bei der Fraktion der Linken auf wenig Begeisterung. „Das Tischtuch mit der Linken hat Frank Gerhard bereits am Wahlabend der gescheiterten Direktwahl zerschnitten. Bis heute gab es keine anderen Signale von der SPD“, teilte der Fraktionsvorsitzende Jürgen Akkuloff gestern mit. Schelte gab es vom einstigen Juniorpartner der Sozialdemokraten auch in Richtung CDU, da diese sich nicht auf einen eigenen Kandidaten einigen konnte. „Erst jüngst hatte die CDU noch das Ziel für einen parteiübergreifenden Kandidaten formuliert. Nun laufen sie ohne Not auf dem Ticket der SPD. Welch seltsamer Eiertanz“, so Akkuloff weiter. Von Nadine Pensold

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 31.07.2013

Mounting Systems GmbH in Rangsdorf von Insolvenz der Conergy AG betroffen - 250 Arbeitsplätze in Gefahr

CDU: Landesregierung muss schnell helfen

Zu den Auswirkungen der Pleite der Conergy AG auf den Landkreis Teltow-Fläming erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"Noch vor Jahren wurde die Conergy AG und ihre Tochtergesellschaften in Brandenburg wie Stars gefeiert und mit üppigen Fördermitteln bedacht, gestern, am 5. Juli 2013, war es damit abrupt vorbei, die Conergy AG meldete Insolvenz an. Betroffen davon sind nach Konzernangaben auch die Mounting Systems GmbH in Rangsdorf, in der 250 Beschäftigte tätig sind.

Das ist auch ein harter Schlag für den Landkreis Teltow-Fläming. Die Mounting Systems GmbH in Rangsdorf, die seit 2004 in Rangsdorf ihren Sitz hat, gehört mit zu den innovativsten Unternehmen in Teltow-Fläming. Erst im Jahr 2011 erhielt das Unternehmen den Mittelstandspreis und den Unternehmenspreis der IHK Potsdam. In der Firma sind zu dem gut ausgebildete und engagierte Fachkräfte tätig. Ich hoffe deshalb, dass die Produktion am Standort Rangsdorf weitergeht und die Arbeitnehmer eine berufliche Perspektive erhalten. Dafür notwendig ist jedoch ein starkes Engagement der Brandenburger Landesregierung. Gefragt ist jetzt ein unverzügliches Handeln der Landesregierung. Nötig sind unverzügliche Gespräche mit der Geschäftsführung in Rangsdorf, finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Suche nach einem Investor. Worte des Bedauerns von Seiten der Landesregierung reichen nicht aus.

Wie schon, so oft in der letzten Zeit, wurde die Brandenburger Landesregierung und das Wirtschaftsministerium unter Minister Ralf Christoffers (Linke) von der Pleite des Solarunternehmens überrascht. Dabei war die Entwicklung in der Solarbranche bereits in den vergangenen Jahren vorhersehbar. Vor allem die Billig-Konkurrenz aus China führte zu dramatischen Wettbewerbsnachteilen der deutschen Solarindustrie. In der Folge sank von 2011 bis 2012 die Anzahl der Beschäftigten in der Branche deutschlandweit von 111.000 auf 87.000, der Umsatz brach im gleichen Zeitraum von 11,9 Mrd. Euro auf 7,34 Mrd. Euro ein. Die Landesregierung muß hieraus endlich die richtigen energiepolitischen Schlußfolgerungen ziehen und nicht nur als Zuschauer agieren."

Quelle: Pressemitteilung, 06.07.2013

Protestradler auf 1000-Kilometer-Tour – Bevorstehende Hochschulfusion in der Lausitz treibt die Betroffenen auf die Straßen Brandenburgs

Ob bei 36 Grad Celsius oder Dauerregen - die Radfahrer geben nicht auf, denn sie haben ein Ziel: die Erhaltung der Hochschulen in Brandenburg. Anlass ist die Fusion der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) und der Hochschule Lausitz (FH), die Protesten zum Trotz am Montag in Kraft treten soll. Für ein Volksbegehren dagegen werden noch bis zum 9. Oktober Unterschriften gesammelt.

Die Fahrradfahrer haben sich am vergangenen Donnerstag in den Sattel geschwungen und sind einmal durch das Land Brandenburg geradelt. Am Montag machten sie in Ludwigsfelde und gestern, nach einer Nacht in Trebbin, in Luckenwalde und Jüterbog Station. Ein Student hatte dort bereits 860 Kilometer auf dem Tacho, 1100 sollten es bis zur Rückkehr nach Cottbus morgen werden. "Unser Ziel ist es, Aufmerksamkeit zu erregen", so André Roszeck, Gästeführer in der Lausitz und CDU-Politiker. "In Cottbus und Umgebung haben wir viele Unterstützer, aber im Rest des Landes ist das Problem kaum bekannt."

Was ihn, den Organisator Stefan Richter und viele Betroffene aufregt, ist die Tatsache, dass die Hochschulautonomie "völlig ausgehebelt" wurde und die rotrote Landesregierung keine Begründung für die Fusion liefern kann. "Es geht nur ums Sparen", so André Roszeck. Brandenburg stelle in der Finanzausstattung der Hochschulen das Schlusslicht in Deutschland dar. Bezogen auf die Höhe der Finanzierung werde die Uni die meisten Drittmittel ein. "Bei der Volksinitiative ‚Hochschulen erhalten‘ haben wir innerhalb von sechs Wochen 42 000 Unterschriften gesammelt", so André Roszeck. Das Kabinett habe eine Woche vor der Anhörung die Fusion beschlossen. Deshalb läuft seit April das Volksbegehren, auch in Luckenwalde und Jüterbog wurden gestern Unterschriften gesammelt. Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter der BTU, Professoren, Bürger und Künstler unterstützen die Radtour, die abgesehen von einigen Spenden privat finanziert wird. Die BTU Cottbus, zwei Fakultäten, acht Hochschullehrer der BTU haben Verfassungsbeschwerden beim Landes- beziehungsweise Bundesverfassungsgericht eingereicht. Beim Landesverfassungsgericht liegt außerdem noch eine Normenkontrollklage der CDU, wie der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum ergänzte. Er hatte gestern Vormittag die Protest-Radler am Rathaus Jüterbog begrüßt. Wer seine Unterschrift bereits für die Volksinitiative gegeben hat und die Aktivisten weiterhin unterstützen will, muss noch einmal für das Volksbegehren unterschreiben.

Das ist im Einwohnermeldeamt möglich. 80 000 Unterschriften werden gebraucht, damit sich der Landtag erneut mit der Fusion befasst. Unterschreiben kann jeder Brandenburger Bürger, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen ist.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.06.2013

Unterstützung für das Volksbegehren
"Hochschulen erhalten" in Jüterbog am
25.06.2013





Eröffnung des neuen
CDU-Büros in Jüterbog
am 16.08.2013

Grenzsteinlegung durch die
Fürsten des Jüterboger
Fürstentages in Gottow am
03.08.2013



Eröffnung des Ferien-
Ringerprojektes: Luckis Muckis in
Luckenwalde am 29.07.2013

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Interview: "Der Weckruf wurde von allen gehört und verstanden"

Der CDU-Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Danny Eichelbaum aus Jüterbog ist seit April Präsident des brandenburgischen Ringerverbandes. Die Sportart steht vor entscheidenden Wochen. Am Wochenende startet die Ringer-Bundesliga 13/14, ein neuer deutscher Mannschaftsmeister wird gesucht, und am 8. September wird in Buenos Aires (Argentinien) von der IOC-Session entschieden, ob Ringen olympisch bleibt.

Herr Eichelbaum, was macht Sie als CDU-Landespolitiker und Präsident des Ringerverbandes Brandenburg nervöser - die Bundestagswahl am 22. September oder die anstehende Entscheidung im olympischen Überlebenskampf des Ringens?

Danny Eichelbaum (lacht): Beide Entscheidungen sind wichtig und erfordern starke Nerven. Jetzt fiebern wir aber erst einmal dem 8. September entgegen. Ich bin sehr optimistisch, dass Ringen auch nach 2016 zum Programm der Olympischen Spiele gehören wird. Ringen ist Olympia und Olympia ist Ringen!

Die zurückliegenden Monate waren vom Kampf um den Olympiaverbleib geprägt. Viel Zuspruch und Unterstützung erfuhren die Ringer. Die Sportart stand ungewohnt oft im Fokus der Öffentlichkeit. War das purer Aktionismus oder sehen Sie Ansätze für Nachhaltigkeit?

Eichelbaum: Nach der Vorentscheidung des IOC-Exekutivkomitees im Februar dieses Jahres wurde keine Zeit verschont, um die Sportart Ringen durch Reformen wieder ins olympische Boot zu holen. Der Weckruf wurde von allen gehört und verstanden. Der Ringer-Weltverband FILA wählte einen neuen Präsidenten und beschloss wesentliche Änderungen im Regelwerk hinsichtlich der Punktvergabe und Wettkampfzeit, um Ringen verständlicher und attraktiver zu machen. Mit zahlreichen Kampagnen haben Verbände, Sportler, Trainer, Kampfrichter und Fans dafür gekämpft, dass ihre jahrtausendalte Sportart olympisch bleibt. Diese Verbundenheit und der Kampfgeist der Ringergemeinde hat viele Bürger beeindruckt. Die Solidarität der Bürger mit dem Ringkampfsport in den letzten Monaten war überwältigend.

Um die Attraktivität des Ringens für das breite Publikum zu erhöhen, wurde das Regelwerk der Bundesligakämpfe geändert. Kennen Sie die neuen Regeln?

Eichelbaum: Die wichtigsten Neuerungen betreffen die Kampfzeit und das Punktbewertungssystem. In beiden Stilarten stehen jetzt nur noch zwei Runden à drei Minuten an und nicht mehr im Teamkampf drei Gewinnrunden à zwei Minuten. Die Punkte aus beiden Runden werden addiert, es gibt also keinen Kampf mehr über maximal fünf Runden. Außerdem wird passives, sich dem Kampf entziehendes Ringen schneller und härter sanktioniert. Verwarnung für den passiven Ringer, plus ein Punkt für den Gegner gibt es im griechisch-römischen Stil, wobei der aktivere Ringer nach jeder Verwarnung wählen kann, ob es im Stand- oder Bodenkampf weitergeht. Anders bei den Freistilspezialisten, hier bekommt der passive Ringer nach der Verwarnung 30 Sekunden Zeit, zu punkten. Gelingt dies nicht, erhält der Gegner nach Ablauf der halben Minute den Verwarnungspunkt.

Als Mitglied des 1. Luckenwalder SC schlägt Ihr Herz natürlich für den LSC in der Bundesliga. Welche Erwartungen haben Sie an die neue Saison und an Ihren Heimatverein?

Eichelbaum: Zunächst einmal ein großes Kompliment an die Verantwortlichen des 1. Luckenwalder SC. Es ist wieder gelungen, eine junge und schlagfertige Mannschaft für die Saison aufzustellen, die das Zeug hat, in die Play-offs einzuziehen. Mit dieser tollen Mannschaft erwarten uns spannende Kämpfe. Ich freue mich besonders auf den ersten Heimkampf am 7. September in Luckenwalde gegen den KSV Mansfelder Land, der unter dem Motto: "Ringen total" steht. Und am darauffolgenden Tag wissen wir dann, ob Ringen olympisch bleibt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.08.2013

Opposition will Debatte um Maßregelvollzug - Mehrfacher Missbrauch in Cottbus ruft CDU auf den Plan

Der sexuelle Missbrauch einer 13-jährigen Cottbuserin durch einen 52 Jahre alten Mann im Berliner Maßregelvollzug ist nach Ansicht der oppositionellen CDU im Landtag ein Grund, die Praxis in Brandenburg zu überdenken. Ein in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Reinickendorf einsitzender Mann hatte Ausgänge dazu genutzt, seine 13-jährige Internet-Bekanntschafft sieben Mal zu missbrauchen. Die Klinik hat bereits reagiert und die Sicherheitsmaßnahmen verschärft.

Potsdam. Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, erinnert daran, dass in Brandenburg selbst erst im Oktober 2012 ein 23-Jähriger beim Ausgang aus dem Teupitzer Maßregelvollzug (Dahme-Spreewald) geflohen ist. „Deshalb sage ich: Wir brauchen eine Diskussion um die Sicherheit und die Lockerungsmaßnahmen.“

Er selbst plädiert für verstärkte Sicherheitsmaßnahmen im Maßregelvollzug sowohl in Berlin als auch in Brandenburg. Die alleinige Zuständigkeit des Gesundheitsministeriums für den Maßregelvollzug im Land Brandenburg sei ein Fehler. „Wir brauchen eine Prüfung, ob wir die Fachaufsicht für die Sicherheit nicht dem Justizministerium unterstellen“, sagt Eichelbaum. Vorbild dafür könne das Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern sein. Der aktuelle Fall offenbare eine Sicherheitslücke, „die wir dringend schließen müssen“.

Das brandenburgische Gesundheitsministerium sieht dagegen keine Notwendigkeit für eine erneute Debatte des Maßregelvollzugs. Ministeriumssprecherin Alrun Kaune-Nüßlein verweist auf die Reform des Psychisch-Kranken-Gesetzes und die Verschärfung der Lockerungsbestimmungen nach dem spektakulären Ausbruch des verurteilten Mörders und Vergewaltigers Frank Schmökel.

Schmökel war im April 2000 bei einem Ausgang aus der Haft in Neuruppin (Ostprignitz-Ruppin) die Flucht gelungen. Auf dieser hatte er unter anderem einen Rentner erschlagen. Das Gesundheitsministerium hatte daraufhin den gesamten Maßregelvollzug durch eine Kommission begutachten lassen.

„Die Empfehlungen und Vorschläge dieses Gutachtens wurden im Anschluss umgesetzt, sodass Sicherheit und Therapie in den vergangenen Jahren verbessert wurden“, so Kaune-Nüßlein. Neben gesetzlichen Reformen sei auch der Kreis der Gutachter erweitert und der Maßregelvollzug personell verstärkt worden. Derzeit prüfe das forensische Institut der Berliner Charité Therapie und Sicherheit im Maßregelvollzug.

Die Entscheidung über Lockerungen und Urlaub im Maßregelvollzug trifft die ärztliche Leitung der zuständigen Klinik. Bei besonders gefährlichen Straftätern muss vor dem ersten unbeaufsichtigten Ausgang das Urteil eines externen Gutachters eingeholt werden.

Die zuständige Aufsichtsbehörde der Berliner Klinik hat angesichts des aktuellen Falls bereits reagiert und die Sicherungsmaßnahmen verschärft. Von Rüdiger Braun

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.08.2013



Demo gegen Fluglärm vor dem Landtag am
29.08.2013

Demo der Gewerkschaft der Polizei vor dem Landtag am
28.08.2013



Gelähmte Gerichte Lange Verfahrensdauer: Danny Eichelbaum (CDU) fordert mehr Personal

Gerichtsverfahren dauern in Brandenburg nach wie vor viel länger als im Bundesdurchschnitt. Teilweise vergehen bis zu vier Monate mehr, bevor eine Entscheidung fällt. Das geht aus einer Antwort des Justizministeriums auf eine parlamentarische Anfrage hervor. Besonders betroffen sind Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte der ersten Instanz.

"Hier ist Brandenburg immer noch bundesweites Schlusslicht", kritisierte der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum. Seiner Meinung nach fehlt es weniger an Richtern, sondern vor allem an Beamten im mittleren Justizdienst, also etwa Schreibkräften oder Rechtspflegern, die Richtern zuarbeiten. "Wir brauchen Entlastung und Entfristung von Personal", forderte der Justizexperte.

Das Ministerium verweist indes darauf, dass die Dauer eines Verfahrens vom Einzelfall abhängt - ob etwa Zeugen anzuhören seien oder Gutachten eingeholt werden müssten. Außerdem seien die Sozialgerichte in den vergangenen Jahren von Hartz-IV-Klagen überflutet worden.

An den Verwaltungsgerichten liege außerdem weiter ein hoher Bestand an alten Verfahren, der neben den aktuellen Eingängen bearbeitet werden müsse. Mittlerweile habe sich die durchschnittliche Verfahrensdauer von 35 Monaten (2007) aber auf rund 15 Monate im ersten Quartal 2013 verringert. Damit lägen sie immer noch rund viereinhalb Monate über dem Bundesschnitt von 2011, kritisierte Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.08.2013

Bessere Unterstützung von Kriminalitätsoffer – Forderung Weißer Ring - Danny Eichelbaum: Opferhilfefonds auflegen

Zur Forderung der Opferschutzvereinigung Weißer Ring e.V., Kriminalitätsoffer in Brandenburg besser finanziell auszustatten und Trauma-Ambulanzen in Brandenburg zu errichten, erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum:

„Opferschutz geht vor Täterschutz. Opferhilfe, Opferentschädigung und Opferschutz müssen in Brandenburg besser koordiniert werden.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Opferschutzvereinigung Weißer Ring e.V. in den Forderungen nach einer besseren finanziellen Förderung des Opferschutzes in Brandenburg sowie der Errichtung von Trauma-Ambulanzen. Diese Einrichtungen sind längst in anderen Bundesländern Standard.

Die CDU -Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, einen Opferhilfefonds in Brandenburg aufzulegen. Es darf nicht sein, dass Strafgefangene in Brandenburg finanzielle Anreize erhalten, wenn sie an Therapien teilnehmen und die Opfer von Straftaten auf der Strecke bleiben.

Viele Opfer von Kriminalität und Gewalt in Brandenburg bleiben mit ihren Problemen allein. Wenn der Staat seine Bürger schon nicht ausreichend davor schützen kann, Opfer einer Straftat zu werden, so hat er zumindest alles dafür zu tun, das Leid und die Not der Geschädigten zu lindern. Opfer von Kriminalität müssen in Brandenburg schnell, effektiv und unbürokratische Hilfe bekommen. Opferschutz muss endlich Chefsache des Justizministers werden. Die CDU-Landtagsfraktion fordert von der Landesregierung einen besseren Schutz der Opfer von Gewalttaten. Opferhilfe und Opferschutz müssen im Vordergrund der Rechtspolitik stehen.“

Quelle: Pressemitteilung 06.08.2013

Festveranstaltung 20
Jahre
Opfervereinigung
Weißer Ring e.V.in
Potsdam am
06.08.2013



Braunes Pamphlet mit JVA-Computer publiziert? - Rechtsextremist Mahler soll aus Brandenburger Gefängnis antisemitisches Buch verbreitet haben

Brandenburg/Havel - Der Rechtsextremist und Holocaust-Leugner Horst Mahler bringt Brandenburgs Justiz in Erklärungsnot: Der 77-jährige, der wegen Volksverhetzung bereits eine mehrjährige Haftstrafe in der JVA Brandenburg/Havel verbüßt, konnte aus dem Gefängnis heraus offenbar ungehindert rechtsextreme Propaganda betreiben. Das sorgt für Entsetzen etwa beim Zentralrat der Juden in Deutschland und ruft nach der Staatsanwaltschaft die Politik im Land auf den Plan. Die CDU-Landtagsopposition forderte am Montag von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) Aufklärung, und zwar auf der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses. Schöneburg ist alarmiert, dringt dem Vernehmen nach intern auf Klärung.

Zuvor hatte der "Spiegel" neue Vorwürfe im Fall Mahler erhoben. Danach soll dieser in der Haft ein umfangreiches Buchmanuskript rechtsextremen und antisemitischen Charakters ("Das Ende der Wanderschaft", 235 Seiten, 295 Fußnoten) geschrieben haben, und zwar teilweise auf einem Anstaltscomputer - und sein Machwerk aus dem Gefängnis heraus über das Internet verbreitet haben. Bekannt war bislang lediglich, dass die Staatsanwaltschaft Cottbus, für Internetdelikte zuständige Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Land, vor einigen Wochen neue Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen Mahler eingeleitet hat. Und dass Anfang Juni deshalb seine Gefängniszelle durchsucht worden war. Damals war allgemein von der Suche nach Schriften volksverhetzenden Charakters die Rede, nicht von einem Mahler-Buch. Das Justizministerium hatte aber bestätigt, dass bei der Razzia zwei Computer sichergestellt worden seien, einer, der Mahler gehöre, sowie ein anstaltseigener.

Die Staatsanwaltschaft Cottbus hält sich wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens bedeckt. "Die Ermittlungen dauern an. Derzeit wird ausgewertet, was sichergestellt wurde", sagte eine Behördensprecherin am Montag.

Mahler ist einer der bekanntesten Rechtsextremen in Deutschland. Er war einst Mitbegründer der Rote Armee Fraktion, hatte sich später vom Terrorismus losgesagt, dann dem Rechtsextremismus zugewandt. Er war der Anwalt der NPD im letzten NPD-Verbotsverfahren. Der Charakter seines neuen Pamphlets, das seit Frühjahr im Internet kursiert, ist auf dieser Linie. Laut "Spiegel" hält Mahler darin etwa "die Idee des Nationalsozialismus" für den "Weg der Rettung aus der judaisierten Welt"; "gereinigt von den Spuren der Jüdischen Lügen" werde "der Deutsche Volksgeist in neuem Glanz erstrahlen".

Der rechtspolitischen Sprecher der Brandenburger CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, kritisierte, dass ein berüchtigter Rechtsextremist aus der Haft eine Plattform für seine Hasstiraden bekomme. Wegen Personalmangels im Strafvollzug sei "es offenbar nicht mehr möglich, Straftäter hinreichend zu kontrollieren". Der Fall müsse gründlich aufgeklärt werden. "Es stellt sich die Frage, ob der rechtsextremistische Gefangene eine Sonderbehandlung erhielt."

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 22.07.2013

Bundesverwaltungsrichter machen langsamen Berufskollegen Druck

Das Potsdamer Verwaltungsgericht muss sich künftig sputen: Ein sechseinhalb Jahre dauerndes Gerichtsverfahren um die Rückzahlung von Ausbildungsförderung war entschieden zu lang. Das urteilten die Richter des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts am Donnerstag. Einem Potsdamer Studenten wurde deswegen eine Entschädigung von 6000 Euro zugebilligt. Auch eine "erhebliche Arbeitsüberlastung" des Potsdamer Gerichts ließen die Leipziger Richter einer Pressemitteilung zufolge nicht gelten: Das Land Brandenburg sei vielmehr "gehalten, strukturellen Mängeln etwa durch eine bessere Personalausstattung des Gerichts abzuhelpfen".

Damit gossen die Leipziger Richter Wasser auf die Mühlen der Brandenburger Opposition. Denn die Überlastung besonders der Brandenburger Verwaltungsgerichte ist schon länger Thema der Potsdamer Politik.

Erst im vergangenen Jahr hatte Justizminister Volkmar Schöneburg (Die Linke) durch die Einstellung zusätzlicher Richter auf Probe und die Abordnung von Juristen von anderen Gerichten an die Verwaltungsgerichte versucht, die Verfahrensdauer weiter zu verkürzen. Damals mussten Kläger an einem Verwaltungsgericht im Durchschnitt 19 Monate auf ein Urteil warten. "Wir haben weiter Handlungsbedarf", sagte dagegen der CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum am Freitag der RUNDSCHAU. "Die Verfahrensdauer an allen Gerichtsbarkeiten ist viel zu hoch."

Nötig sei nicht nur eine Verstärkung bei den Richtern, sondern auch bei Rechtspflegern und Beamten im mittleren Dienst. "Nur so können wir eine Senkung der Verfahrensdauer erreichen." las

Quelle: Lausitzer Rundschau, 13.07.2013

Teure und peinliche Panne bei Justizreform

Ex-Chefin des Senftenberger Arbeitsgerichtes durch Fehler des Justizministeriums seit Monaten bei vollen Bezügen ohne Arbeit

Potsdam / Senftenberg Ein Fehler des Brandenburger Justizministeriums kostet den Steuerzahler rund ein Richter-Jahresgehalt. Denn bei der Schließung des Arbeitsgerichtes Senftenberg Ende 2011 wurde die Direktorin nicht korrekt versetzt. Seit Ende Januar sitzt Birgit Fohrmann untätig zu Hause, obwohl sie arbeiten könnte und nach Auskunft ihres Anwaltes auch will. Eine Situation, die sie ein Jahr vorher schon einmal erlebte. Auch Anfang 2012 bekam sie mehrere Monate ihr Richtergehalt, ohne dafür zu arbeiten. Wie lange sie jetzt noch ohne richterliche Arbeit zu Hause sitzen wird, hängt davon ab, wie schnell das Brandenburger Justizministerium eine Verwendung für sie findet, der Fohrmann auch zustimmt.

Denn ohne eine einvernehmliche Regelung mit der ehemaligen Arbeitsgerichtsdirektorin aus Senftenberg ist der Konflikt mit dem Ministerium nicht mehr zu lösen. Das zeigen zwei ungewöhnliche Urteile, die Fohrmann gegen das Land erstritt.

Gericht aufgelöst

Ausgangspunkt der ungewöhnlichen Auseinandersetzung war die Brandenburger Justizreform, mit der im Dezember 2011 aus dem Arbeitsgericht Senftenberg eine Außenstelle des Arbeitsgerichtes Cottbus wurde. Gerichtsdirektorin Birgit Fohrmann hatte diese Reform

öffentlich kritisiert. Für sie musste mit der Umsetzung der Reform eine neue Verwendung gefunden werden.

Fohrmann, die in Senftenberg 18 Jahre lang Arbeitsrecht gesprochen hatte, wollte gern in diesem Rechtsbereich bleiben. Doch das Justizministerium entschied anders. Im Februar 2012 war zunächst noch Fohrmanns Versetzung an das 130 Kilometer entfernte Amtsgericht Bad Freienwalde geplant.

Dann bekam sie Mitte Mai jedoch einen Bescheid, der ihr zum 1. Juni vorigen Jahres einen Arbeitsplatz am Sozialgericht in Potsdam zuwies.

Den trat die Richterin unter Protest an und legte gleichzeitig Widerspruch dagegen ein, weil ihre Versetzung rechtswidrig sei. Mit der Ablehnung des Widerspruches ließ sich das Ministerium ein halbes Jahr Zeit. Dann ging es jedoch schnell.

Frist verstrichen

Birgit Fohrmann schaltete das für solche Fälle zuständige Dienstgericht des Landes ein. Das entschied Ende Januar im einstweiligen Rechtsschutz, dass die Versetzung Fohrmanns nach Potsdam "offensichtlich rechtswidrig" sei. Eine solche Versetzung hätte laut Deutschem Richtergesetz nicht später als drei Monate nach der Veränderung in der Gerichtsstruktur erfolgen dürfen. Diese Frist war Ende März 2012 verstrichen, sechs Wochen vor dem Versetzungsbescheid. Seit dem Beschluss des Dienstgerichtes sitzt Fohrmann wieder zu Hause.

Brandenburgs Justizministerium wollte sich jedoch noch nicht geschlagen geben und legte Beschwerde beim Dienstgerichtshof des Landes ein. Der bestätigte im April nicht nur den Beschluss der ersten Instanz, sondern setzte noch eins drauf. Das Ministerium habe einen weiteren Fehler begangen, weil der Richterwahlausschuss nicht beteiligt wurde.

Der Dienstgerichtshof bezeichnete die für das Ministerium so entstandene Lage als "misslich". Denn weil Fohrmanns alter Job weg ist und die Dreimonatsfrist versäumt wurde, könne ihr nun kein anderes Richteramt gegen ihren Willen übertragen werden. Der Beschluss des Dienstgerichtshofes ist unanfechtbar.

Für Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU im Brandenburger Landtag, ist es unverständlich, warum das Ministerium die Entscheidung des Dienstgerichtes nicht akzeptierte und noch mal Beschwerde dagegen beim Dienstgerichtshof eingelegt hat: "Das hat die Sache unnötig verlängert."

Die Zwangsversetzung von Birgit Fohrmann sei nicht nur rechtswidrig, sondern auch verfassungswidrig gewesen, weil der Richterwahlausschuss übergangen wurde. "So etwas hat es in Brandenburg noch nicht gegeben", so Eichelbaum. Er erwarte, dass nun schnell nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht wird. Dazu müsste auch ein Disziplinarverfahren gegen die Richterin sofort eingestellt werden.

Offenes Disziplinarverfahren

Das Disziplinarverfahren gegen Fohrmann war im Dezember von der Präsidentin des Landessozialgerichtes eingeleitet worden, weil sich die ehemalige Arbeitsrichterin weigerte, zu verhandeln und Urteile zu fällen. "Sie war nicht ordnungsgemäß versetzt und damit nicht der gesetzliche Richter", begründet ihr Anwalt Martin Bleidießel aus Spremberg ihre Haltung.

Der Dienstgerichtshof habe das mit seiner Entscheidung bestätigt. Deshalb ist auch für Bleidießel klar: "Für dieses Disziplinarverfahren gibt es keinen sachlichen Grund." Deshalb müsse es vom Tisch sein, bevor über den künftigen Einsatz von Birgit Fohrmann verhandelt werden kann: "Wir stehen für Gespräche bereit."

Die betroffene Richterin selbst wollte sich mit Hinweis auf ihre Pflicht zur Zurückhaltung nicht gegenüber der RUNDSCHAU zu dem Streit um ihre Dienstverwendung äußern. Das Justizministerium kündigte auf Nachfrage an, es seien "für die nahe Zukunft" Gespräche mit der Juristin geplant, um "die erforderliche Einigung zu erzielen". Bis dahin kann Birgit Fohrmann weiter bei vollen Bezügen das Sommerwetter genießen.

Zum Thema:

Richter genießen eine verfassungsrechtlich geschützte Stellung, um die Unabhängigkeit der Justiz zu garantieren. Sie werden auf Lebenszeit ernannt und auf das Grundgesetz vereidigt. Gesetze regeln, wer zum Richteramt befähigt ist, wer Richter ernennen und über ihre Versetzung entscheiden darf. Über Richter kann nur soweit eine Dienstaufsicht ausgeübt werden, wie ihre Unabhängigkeit unangetastet bleibt. Für Richter liegt diese Aufsicht beim zuständigen Gerichtspräsidenten und beim Justizministerium. Die Verteilung der Verfahren innerhalb eines Gerichtes auf die dort tätigen Richter wird in Geschäftsverteilungsplänen für jeweils ein Jahr festgelegt. Nur wer nach all diesen Regeln seine richterliche Tätigkeit ausübt, ist der "gesetzliche Richter" und darf Recht sprechen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 20.06.2013



Besuch des Rechtsausschusses im Landesverfassungsgericht des Landes Brandenburg am 21.08.2013

Sitzung der CDU-Landtagsfraktion im Filmpark Babelsberg am 13.08.2013



Besuch der Opferhilfsorganisation „Weißer Ring“ in Potsdam - Danny Eichelbaum/ Steeven Bretz: Opferschutz und Opferhilfe müssen verbessert werden!

Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Rechtsausschuss des Landtages, absolvierte heute ein Praktikum bei der Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer „Weißer Ring“ e. V. in Potsdam. Begleitet wurde er vom Potsdamer CDU-Landtagsabgeordneten Steeven Bretz.

Im Gespräch mit Jürgen Lüth, Landesvorsitzender „Weißer Ring“, hoben die beiden Abgeordneten die Bedeutung des Opferschutzes und der Opferhilfe in Brandenburg hervor.

Danny Eichelbaum und Steeven Bretz fassen den Besuch zusammen:

„Mit unserem Besuch beim Weißen Ring möchten wir einen Beitrag leisten, die Opfer von Kriminalität in Brandenburg stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Opferhilfe, Opferentschädigung und Opferschutz müssen in Brandenburg verbessert werden. Die CDU-Landtagsfraktion hatte hierzu im Landtag u.a. die Einrichtung eines Opferentschädigungsfonds vorgeschlagen. Ohne die Arbeit der Weißen Ringes würden die Opfer von Kriminalität und Gewalt in Brandenburg mit ihren Problemen komplett allein bleiben. Wir danken den Mitarbeitern des Weißen Rings für ihre wichtige Arbeit bei der Unterstützung und Beratung von Kriminalitätsoffern im Land Brandenburg und in Potsdam. Ein weiteres Thema war die Verhinderung und Aufklärung von Sexualstraftaten gegenüber Kindern. So zeigte eine aktuelle Anfrage der CDU-Fraktion, dass die Landeshauptstadt Potsdam bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung seit 2011 und 2012 mit 75 Prozent die schlechteste Aufklärungsquote im Land Brandenburg hat (siehe Tabellen unten). Diese Tatsache wiegt umso schwerer, da etwa 90 Prozent der sexuellen Missbrauchsfälle in Deutschland nicht angezeigt werden; also von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Etwa jedes fünfte Mädchen und jeder vierzehnte Junge werden in Deutschland sexuell missbraucht. Insbesondere die neuen Kommunikationsformen haben die Tatgelegenheiten für potentielle Täter vervielfacht und vereinfacht. Damit hat sich die Gefahr vergrößert, dass Mädchen oder Jungen Opfer von sexuellen Übergriffen werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Sexualstraftaten gegenüber Kindern gehören zu den verabscheuungswürdigsten Straftaten und dürfen, wie Mord, nicht verjähren! Die Aufklärung dieser Straftaten muss bei den Strafverfolgungsbehörden höchste Priorität haben.

Gerade in diesem Bereich leistet der „Weiße Ring“ einen ganz konkreten und unschätzbaren Dienst in der Betreuung und im Schutz der Opfer.

Quelle: Pressemitteilung 26.06.2013



Terminvorschau

- 04.9.2013 15 Uhr Kaffeeklatsch Ludwigsfelde in Löwenbruch
- 05.9.2013 18 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming in Luckenwalde
- 06.9.2013 11 Uhr 20 Jahre Rolls-Royce in Dahlewitz
- 07.9.2013 10 Uhr CDU-Kreisparteitag in Wünsdorf
19 Uhr 1. Bundesliga Ringen in Luckenwalde
- 08.9.2013 11 Uhr 200 Jahre Schlacht bei Dennewitz
14 Uhr Skaterfest in Kolzenburg
- 09.9.2013 17 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde
- 10.9.2013 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam
14 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik in Potsdam
- 11.9.2013 14.30 Uhr Besuch der Grundschule Blankensee
- 13.9.2013 18 Uhr 40 Jahre Geschwister Scholl Schule Jüterbog
- 14.9.2013 14 Uhr Fürstentag in Jüterbog
- 16.9.2013 12 Uhr – 15.30 Uhr Sommertour der CDU-Landtagsfraktion in Teltow-Fläming
18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Baruth
- 17.9.2013 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg
12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
- 19.9.2013 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages Brandenburg
12.30 Uhr Kreisbereisung der Parlamentarischen Staatssekretärin Katherina Reiche MdB
- 20.9.2013 10 Uhr Einweihung der Kita Zülichendorf
- 24.9.2013 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg
12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen und Rechtspolitik
- 25.9.2013 Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)
- 26.9.2013 Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)
- 30.09.2013 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes Teltow-Fläming

Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de